

Mehr mit weniger machen!

Auftaktveranstaltung zur Vorbereitung der neuen Strukturfondsförderperiode in Berlin

Bereits seit 1989 profitiert das Land Berlin von den Europäischen Strukturfonds, die einen erheblichen Teil dazu beitragen, dass die deutsche Hauptstadt mittlerweile in der Kategorie „Stärker entwickelte Regionen“ zu finden ist. Nichtsdestotrotz steht Berlin weiter vor großen Herausforderungen und ist auf eine weitgehende europäische Förderpolitik angewiesen. Entsprechend groß war die Resonanz bei der „Auf-taktveranstaltung für die Strukturfondsförderung in Berlin 2014-2020“ am 15.06.2012 in der Jerusalemkirche. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und



Moderator Peter Walch

Verwaltungen, aus Hochschulen, Investitionsbanken, Projekten sowie eine Vielzahl an Wirtschafts- und Sozialpartnern waren gekommen, um die Rahmenbedingungen der neuen Förderperiode zu diskutieren. Die Veranstaltung wurde von Peter Walch, verantwortlich für die Strukturfonds in Berlin, moderiert.



Michel Eric-Dufeil und Manuela Geleng von der Europäischen Kommission

Nach einer kurzen Begrüßung durch Staatssekretär Christoph von Knobelsdorff, erläuterten Michel-Eric Dufeil (DG Regio/ EFRE) und Manuela Geleng (DG Employment/ ESF) die bereits im Oktober vergangenen Jahres vorgestellten Vorschläge der Europäischen Kommission für die neue Förderperiode. Dufeil, der die Kommission als „bewaffneten Arm der EU 2020-Strategie“ bezeichnete, lobte Berlin für seine positive Entwicklung zu einer wohlhabenden Region. Gleichzeitig betonte er jedoch auch, dass die deutsche Hauptstadt dadurch künf-

tig mit weniger Mitteln rechnen und es eine stärkere thematische Konzentration der Programme geben müsse. Ein sogenannter Leistungsrahmen könne dabei helfen, Ergebnisse zu überprüfen, grundsätzliche Voraussetzungen zu sichern und so einen effektiveren Mitteleinsatz zu gewährleisten. Zudem hebt Dufeil die Wichtigkeit einer konkreten Partnerschaftsvereinbarung hervor: Diese soll es der Kommission erleichtern, Spezifitäten auf Landesebene zu erkennen und sinnvolle Synergien der verschiedenen Instrumente zu schaffen. Auch Manuela Geleng plädierte für eine stärkere Konzentration der Förderprioritäten und forderte darüber hinaus, dass 20 % des ESF-Budgets für die soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung verwendet werden sollten. Insgesamt soll das ESF-Budget in der künftigen Förderperiode 25 % der Strukturfondsmittel betragen und somit verdeutlichen, dass Europa eine klare soziale Dimension hat.



Im weiteren Verlauf der Veranstaltung präsentierte Karin Scheffel die Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Obwohl Deutschland und andere Nettozahler eine Senkung des Mehrjährigen Finanzrahmens um 100 Milliarden anpeilten, müsse eine effektive Kohäsionspolitik auch in wohlhabenden Regionen weitergeführt werden. So müsse es ein Sicherheitsnetz für aus dem Konvergenzziel ausscheidende Regionen geben, damit diese die Fortschritte auch konsolidieren könnten.

Karin Scheffel, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Besondere Aufmerksamkeit galt Staatssekretär von Knobelsdorff, der in seinem Vortrag die strategischen Eckpunkte und somit den aktuellen Stand der Diskussion mit den zuständigen Berliner Senatsverwaltungen präsentierte. Grundsätzlich begrüßte er die angestrebte thematische Konzentration, stellte aber heraus, dass bestimmte Flexibilisierungen und inhaltliche Spielräume unverzichtbar für eine erfolgreiche Strategie vor Ort seien. Einer der wichtigsten Schwerpunkte eines zukünftigen operationellen



Staatssekretär Christoph von Knobelsdorff

Programms bezüglich des EFRE sei, die Forschungs- und Innovations-Aktivitäten zu intensivieren und das entsprechende Potenzial in der Wirtschaft auszubauen. Zudem gelte es, die Position Berlins als Gründungshauptstadt zu stärken, weitere Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung anzuwenden und die integrierte Stadtentwicklung voranzutreiben. Der ESF hingegen müsse weiterhin das bleiben, was er in seiner Tradition fast immer war: ein Instrument der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik mit einer deutlichen sozialen Komponente. In Übereinstimmung mit den strategischen Vorgaben der EU soll sich die künftige ESF-Förderung auf die Ausweitung der Erwerbsbeteiligung, die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit und schließlich die Bekämpfung von Armut sowie die Sicherung von sozialem Zusammenhalt konzentrieren.



Petra Meyer, Deutscher Gewerkschaftsbund

Bevor sich die Teilnehmenden in einer Frage- und Diskussionsrunde austauschten, dankte Petra Meyer vom Deutschen Gewerkschaftsbund im Namen der Wirtschafts- und Sozialpartner für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern und betonte, dass Berlin auf einem guten Weg sei. Zudem begrüßte sie die Vorschläge der Kommission, äußerte jedoch leise Kritik an den Verordnungsentwürfen zum Thema Konditionalität und Leistungsreserve.

Wie geht es weiter?

Um einen passenden Rahmen für den EFRE sowie den ESF abzustecken und ein wirkungsvolles Operationelles Programm zu entwerfen, rief Peter Walch zum Abschluss der Veranstaltung alle Fachverwaltungen dazu auf, bis Ende Oktober Vorschläge zu übermitteln, aufgrund welcher Problemlage in der Stadt welche Förderungen umgesetzt werden sollen.